

Heikler Ablasshandel mit Klimazertifikaten

Die Schweiz will auch in Zukunft Klimaschutz ins Ausland verlagern. Das System dahinter ist umstritten

Jürg Meier

Zwölf Monate lang hatte der Nationalrat die Revision des CO₂-Gesetzes schon beraten. Mit ihm wollte er das neueste Klimaabkommen umsetzen. Die Schweiz hat in Paris versprochen, den CO₂-Ausstoss bis 2030 im Vergleich zu 1990 um 50% zu senken.

Dann folgte einer der grössten Fehlschläge der letzten Jahre. Die Bürgerlichen machten die Vorlage aus ihrer Sicht flexibler und wirtschaftsfreundlicher. Aus Sicht der Grünen und Linken verlor sie alle Zähne. Niemand war zufrieden, Ende 2018 versenkte ein Mehrheit das Gesetz.

Ein Streitpunkt war, wo die versprochene Senkung der Emissionen passieren soll. Der Bundesrat wollte ein klares Ziel: Nur 40% der Reduktionen dürfen durch den Kauf von sogenannten Klimazertifikaten im Ausland erfolgen. 60% müssen durch Massnahmen im Inland erreicht werden. Bürgerliche Nationalräte strichen dieses Ziel: Klimaschutz soll dort erfolgen, wo das eingesetzte Geld am meisten bewirkt.

Drei Viertel ohne Wirkung

Doch zunehmend zeigt sich: Der von bösen Zungen auch als «Ablasshandel» bezeichnete Kauf von Klimazertifikaten kann diesen Anspruch kaum einlösen. Der Ständerat hat bei Neuberatungen das Inlandziel wieder ins Gesetz übernommen. Grossbritannien gab Anfang Mai bekannt, wie es seine Emissionen bis 2050 auf null senken will. Der ambitionierte Plan verzichtet sogar vollständig auf die Kompensation von Klimagasen im Ausland.

Der Grund: Solche Handelssysteme sind mit diversen Nachteilen und Problemen verbunden, wie ein Blick in die Vergangenheit zeigt. Als die Weltgemeinschaft 1997 das Kyoto-Abkommen zum Klimaschutz beschloss, wurde auch ein Zertifikatshandelssystem eingerichtet. Der Schweizer Wirtschaftsverband Swisseclean wertete Studien zu den ergriffenen Massnahmen aus, die zeigen: 73% der mit diesem System ausgestellten Zertifikate wiesen eine «unzureichende Umweltintegrität» auf: Sie erzielten nur eine sehr geringe oder überhaupt keine Minderung der Treibhausgasemissionen.

Lambert Schneider vom deutschen Öko-Institut beschäftigt sich seit zwanzig Jahren mit Emissionszertifikaten. «Das Fazit ist sehr durchgezogen», sagt er. Viele Projekte seien fragwürdig gewesen. Schneider deckte in einer Untersuchung etwa Betrügereien in Russland auf. Chemiefirmen stellten dort absichtlich



Männer reinigen in Afrika eine Solaranlage. (Niger, September 2018)

dem Zertifikatshandel wurden bei ihnen aber trotzdem Klimaschutzprojekte umgesetzt. «Das führte in vielen ärmeren Ländern zu einem Bewusstseinswandel beim Thema Klimaschutz», sagt Lambert Schneider.

Das Pariser Klimaabkommen sieht denn auch die Ablösung des alten durch einen neuen Zertifikatshandel vor. Doch die Herausforderungen sind enorm, weil sich Vorzeichen geändert haben. So haben heute praktisch alle Länder der Welt eigene Reduktionsziele. Damit wird laut Schneider die sogenannte Doppelzählung zum Problem.

Ein ärmeres Land kann zum Beispiel seinen CO₂-Ausstoss senken, indem es alte Kohlekraftwerke durch Wind- und Gasanlagen ersetzt. Dann hat es die Wahl: Es kann sich diesen Erfolg an die nationale Klimabilanz anrechnen lassen, oder es kann ihn mittels

Zertifikaten an ein anderes Land verkaufen. Beides zusammen geht aber nicht.

Aus Sicht aller Experten ist ein Verbot solcher Doppelzählungen entscheidend. Doch weil sich Brasilien dagegen wehrt, gibt es bis heute keine Regeln für den neuen Zertifikatshandel. Die Weltgemeinschaft startet Ende Jahr einen neuen Anlauf.

Immerhin steht der Schweiz noch ein anderer Weg offen. Das Pariser Abkommen erlaubt auch den zwischenstaatlichen Handel. Derzeit läuft ein Pilotprojekt, mit dem die Schweiz die Partnerländer Peru, Kolumbien, Mexiko und Thailand in einen Zertifikatshandel einbinden will.

Aufwendiger Weg

Dieses bilaterale Vorgehen hat durchaus Vorteile: «Wir haben einen direkten Einfluss auf einzelne Klimaschutzmassnahmen,

welche diese Länder im Rahmen des Zertifikatshandels ergreifen», sagt Andrea Burkhardt, Chefin der Abteilung Klima im Bundesamt für Umwelt.

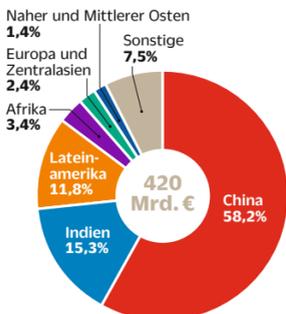
Doch der Weg hat auch einen gewichtigen Nachteil: Er ist sehr aufwendig. Wechselt etwa die Regierung in einem Land, beginnt die politische Arbeit oft wieder von vorne.

Zudem muss mit jedem einzelnen Land ein detaillierter Kontrollmechanismus vereinbart werden, weil ja noch keine internationalen Regeln existieren. «Die Frage ist darum, ob wir ein solches System überhaupt in grossem Stil umsetzen können», sagt Andrea Burkhardt.

Bisher haben neben der Schweiz nur sechs weitere Länder weltweit angekündigt, auch künftig auf Klimazertifikate zu setzen – was angesichts der Schwierigkeiten nicht erstaunlich ist.

China profitierte am meisten

Regionen, die seit 2004 Gelder aus dem Klima-Zertifikatshandel erhielten



Quelle: Umwelt-Bundesamt

mehr Klimagasen her. Danach liessen sie sich über den Zertifikatshandel dafür bezahlen, die Gase wieder unschädlich zu machen.

Laut Schneider besteht im Zertifikatshandel insbesondere eine grosse Schwierigkeit: Das Belegen der sogenannten Zusätzlichkeit. Bei einem Projekt – zum Beispiel einer Solaranlage in Afrika – muss nachgewiesen werden, dass dieses nicht ohnehin umgesetzt worden wäre, sondern nur dank den Geldern aus dem Zertifikatshandel. «Doch dies lässt sich bei vielen Projektarten nur schwer nachweisen.»

Trotzdem: Die Erfahrungen mit dem Zertifikatshandel sind laut Schneider nicht nur negativ. Weltweit entstanden wegweisende Projekte. Zudem hatten sich die ärmeren Länder im Kyoto-Abkommen noch keine Reduktionsziele gesetzt. Dank

ANZEIGE



Die Hypothek für den schönsten Ort der Welt.

Bei Abschluss von 2000 Franken Bonus profitieren.

Bei der Migros Bank dreht sich alles nur um Sie und Ihre Hypothek. Sie stehen im Mittelpunkt unserer Beratung und profitieren zusätzlich von niedrigen Zinsen. Informieren Sie sich jetzt auf migrosbank.ch/hypothek.

Der Bonus gilt einmalig bei Abschluss einer Festhypothek für selbst bewohntes Wohneigentum bei neuer Finanzierung von mindestens CHF 300 000. Das Angebot gilt für Abschlüsse bis zum 15. Juli 2019 [Kreditprüfung vorbehalten].



MIGROS BANK
Es geht auch anders.

Flugreisen

CO₂-Budget für alle Bürger

In einer kürzlich von der FDP durchgeführten Befragung sagten drei Viertel ihrer Mitglieder Ja zur einer Flugticketabgabe. Diese Massnahme belastet Flüge aus Umweltschutzgründen mit einem Betrag zwischen 12 und 50 Fr.

Für Philippe Thalmann, EPFL-Professor für Umweltökonomie, ist aber fraglich, ob eine solche Abgabe das umweltschädliche Fliegen genügend stark verringern würde. Er schlägt ein anderes Modell vor: ein individuelles CO₂-Budget für den Flugverkehr. Heute betragen die CO₂-Emissionen aus dem Fliegen pro Kopf 640 kg. Gemäss Zahlen des Bundes flogen die Schweizer

2015 im Schnitt 9000 km. Das Parlament könnte nun für 2021 jedem Bürger ein um 10% reduziertes Budget von 8100 km gutschreiben. Das entspricht etwa Flügen von Zürich nach Oslo sowie nach Marokko.

Wer mehr fliegen will, muss anderen ihr Kontingent abkaufen oder über mehrere Jahre sparen. Wer nicht fliegt, kann sein Budget zu Geld machen oder es aus Umweltschutzgründen löschen. Im neuen Jahr erhalten alle Bürger wieder ein neues Guthaben. «Im Gegensatz zu den Vielfliegerprogrammen belohnt ein solches System jene, die wenig oder nicht fliegen», sagt Thalmann. (mju.)